

Änderungsantrag A4-1

Antragsteller: Benedikt Sequeira Gerardo
Änderungsantragsteller: Benjamin Kampmann

Der Antrag A4 („Terminologie zu Diskriminierung“) soll folgende neue Fassung erhalten:

§16 Absatz 2 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (2) Diskriminierte Menschen haben Diskriminierungserfahrungen aufgrund von Rassismus, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität jenseits binärer Geschlechternormen. Weitere Diskriminierungsformen können vom Bundesvorstand jederzeit per Beschluss ergänzt werden. Streichen kann der Bundesvorstand hingegen keine der genannten Formen.

§16 Absatz 5 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (5) Vorstände, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierte sollen grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen und zu einem Viertel mit diskriminierten Menschen besetzt werden. Im Vorstand von 7 sollen mindestens 2 Personen mit Diskriminierungserfahrung vertreten sein.

§16 Absatz 7 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (7) Demokratie in Bewegung wird als Arbeitgeberin die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie diskriminierte Menschen sicherstellen. Bezahlte Stellen werden auf allen Qualifikationsebenen mindestens zur Hälfte an Frauen und zu einem Viertel an diskriminierte Menschen vergeben. In Bereichen, in denen Frauen oder diskriminierte Menschen nach diesen Zahlen unterrepräsentiert sind, werden sie solange bevorzugt bis das jeweilige Quorum erreicht ist. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit einzelne Bewerber/innen abzulehnen.

§6 Absatz 1 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Auch Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter, Mandate und Wahlvorschlagslisten werden generell in gesonderten Wahlgängen gewählt, um der Quotenregelung aus §16 der Bundessatzung nachkommen zu können. Dafür wird jeder Platz der Reihe nach geheim gewählt. Dabei gilt, dass der erste Platz einer Frau vorbehalten ist – es folgt immer alternierend ein offener Platz und ein Platz für eine Frau. Frauen können auch auf offenen Plätzen kandidieren. Vor der Wahl von Platz 3 und dann jedem vierten folgend wird des weiteren geschaut, ob die Quote für diskriminierte Menschen erfüllt wurde und wenn dem nicht so ist, ist der Platz einer Person mit Diskriminierungserfahrungen vorbehalten.

§6 Absatz 6 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (6) Bei Bundesvorstandswahlen sind zunächst die zwei Vorsitzenden und ein/e Schatzmeister/in zu wählen, wobei nur bei den Vorsitzenden die Frauenquote einzuhalten ist. Erst nachdem diese Ämter besetzt wurden, wird der restliche Vorstand nach dem oben beschriebenen Verfahren gewählt. Dabei findet dann die Quotierung für Frauen und diskriminierte Menschen nach dem §16 der Satzung auf den gesamten Vorstand Anwendung. Die Quote für diskriminierte Menschen hat

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:19

Gelöscht: Minderheiten sind

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:19

Gelöscht: mit

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:19

Gelöscht: ihrer Herkunft oder Hautfarbe

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:19

Gelöscht: diskriminierte Minderheiten

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:32

Gelöscht: Gruppen

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:33

Gelöscht: Minderheiten

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:34

Gelöscht: Personen, die diskriminierten Minderheiten angehören,

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:35

Gelöscht: Personen, die diskriminierten Minderheiten angehören,

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:35

Gelöscht: Personen, die diskriminierten Minderheiten angehören,

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:06

Gelöscht: Gruppen

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:06

Gelöscht: aus diskriminierten Gruppen

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:07

Gelöscht: Gruppen

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:07

Gelöscht: Minderheiten

hierbei Vorrang vor der Frauenquote. Finden sich nicht genug Kandidaten/innen für den Vorsitz oder den restlichen Vorstand um nach der Quote zu besetzen, gelten die in Absatz 2, 3 und 4 beschriebenen Aussetzungsverfahren.

Begründung des Änderungsantrags:

- Durch den ursprünglich eingebrachten Antrag wird ein bereits unklar formulierter Begriff noch unklarer gefasst: während in der vorherigen Version zumindest von "Minderheit aufgrund (...) der Geschlechtsidentität" die Rede war, wird durch diese Änderung nur ein "diskriminiert aufgrund der Geschlechtsidentität" daraus. Dies weitet den bereits unklaren Begriff weiter auf. In dieser Fassung würden argumentativ auch alle Männer, die vor 1993 geboren und damit aufgrund ihrer Geschlechtsidentität zum Wehrdienst eingezogen wurden, darunter fallen. Das war damit aber nie gemeint.
- Der Änderungsantrag schärft durch die Einfügung "jenseits binärer Geschlechternormen" die Geschlechtsidentitäts-Definition, indem sie expliziter auf die nicht binär-normative Definition verweist und damit Interpretationen wie der oben genannten keinen Raum mehr lässt.